

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXIV/205

Bonn, den 27. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
- 2	<u>Erste Bewährungsprobe</u> Die neue Bundesregierung in Aktion	52
3	<u>Rauschgiftbekämpfung in Amerika</u> Marijuana, von US-Bürgern hergestellt, kommt aus Mexiko Von Paul Neumüller, New York	30
4	<u>Im Gedenken an Theodor Wolff</u> Späte Ehrung eines großen deutschen politischen Schriftstellers	29
5 - 6	<u>Verfolgungen in Spanien halten an</u> Portugal bietet ein wirres Panorama Die Wachaablösung in Bonn findet wenig Gegenliebe	69

### Erste Bewährungsprobe

#### Die neue Bundesregierung in Aktion

sp - Wenn die neue Bundesregierung am Dienstag die Regierungserklärung abgibt, hat sie bereits ihre erste Bewährungsprobe bestanden. Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist noch nie eine Regierung so zügig und ohne peinliche Begleiterscheinungen zustande gekommen. Weder Regionalrücksichten, noch konfessionelle Proportionsabsprachen haben bei der Zusammensetzung des Kabinetts eine entscheidende Rolle gespielt. Erfahrung und Sachverstand waren für Willy Brandt maßgebend bei der Besetzung der Ministerien.

Kenner des Bonner Parketts haben sich in diesen Tagen oft erstaunt gefragt, wie Willy Brandt das schaffen konnte. Die Antwort darauf ist relativ einfach.

Der neue Bundeskanzler war fast ein Jahrzehnt Regierender Bürgermeister von Berlin, jener Stadt, die häufig genug stellvertretend für Deutschland in Erscheinung treten mußte. Brandt hat sich dort nicht nur die notwendigen Erfahrungen zur Führung eines Regierungsapparates angeeignet; er mußte gerade in Berlin auch in kritischen Situationen mit Umsicht und Weitblick Entscheidungen treffen, die sich nach Lage der Dinge stets auch auf die Bundesrepublik auswirkten.

Der zweite Grund für das reibungslose Zustandekommen der neuen Bundesregierung ist die von Gegnern der Sozialdemokratie während vieler Jahre ignorierte Tatsache, daß diese Partei eben eine Konzeption der Staatsführung hat und über Persönlichkeiten verfügt, deren Können und demokratische Zuverlässigkeit dem Ganzen zugute kommen.

In diesen Begriff der Konzeption von einer Staatsführung müs-

gen auch jene Entscheidungen des neuen Regierungschefs eingefügt werden, die es ermöglichen, dem Parlament Persönlichkeiten zu erhalten, auf deren aktive und kontinuierliche Mitarbeit in der Legislative einfach nicht verzichtet werden kann.

Die Entschlossenheit und Zielstrebigkeit der neuen Bundesregierung wird auch bei der längst fälligen Modernisierung der gesamten Staatsapparatur zum Ausdruck kommen. Wir sind sicher, daß Willy Brandt und seine Mannschaft, unterstützt vom Koalitionspartner FDP, dem Fortschritt im weitesten Sinne des Wortes auch in der Verwaltung neue Wege ebnen wird.

Es ist ein alter sozialdemokratischer Grundsatz, daß der Staat lebensnah wie möglich sein soll und die "Obrigkeit" nicht Selbstzweck sein darf. Vielleicht ist es nicht ohne Reiz, in diesem Zusammenhang an die Kontroverse zwischen dem früheren CDU-Familienminister Dr. Heck und Willy Brandt während des Wahlkampfes zu erinnern. Heck sagte damals sinngemäß, für die CDU sei die Demokratie der formale Ausdruck des Staatsgeschehens an der Staatsspitze. Heck wollte also den Demokratie-Begriff auf die Staatsinstitutionen beschränken. Brandt erklärte dagegen, die SPD erstrebe einen Staat, in dem alles öffentliche Geschehen im Sinne der demokratischen Mitbestimmung des einzelnen Bürgers zu vollziehen sei.

Dieser Unterschied der Auffassungen - hier formale, dort lebensnahe Demokratie - ist schon jetzt kurz nach der Bildung der neuen Bundesregierung deutlich spürbar geworden. Er wird noch sichtbarer werden, zumal dann, wenn die jetzt auf den Oppositionsbänken sitzenden C-Parteien ihre große Chance wahrnehmen und endlich den demokratischen Staat durch eigene Beiträge beleben helfen.

+ + +

### Rauschgiftbekämpfung in Amerika

Marijuana, von US-Bürgern hergestellt, kommt aus Mexiko

Von Paul Neumüller, New York

Obwohl in den USA seit Jahren der illegale Rauschgifthandel in verstärktem Maße bekämpft wird und obwohl die Rauschgifthändler wissen, daß sie mit ganz empfindlichen Gefängnisstrafen zu rechnen haben, wenn sie geschnappt werden, steht die Rauschgiftsucht in höherer Blüte, besonders bei den Jugendlichen. Inspektionen durch die Polizei in den New Yorker Oberschulen gehören bereits zur Alltäglichkeit.

Seit einiger Zeit haben die amerikanischen Behörden eine neue Kampftaktik entwickelt; sie wollen mehr als bisher bereits die Einwirkung der illegalen Rauschgifte bekämpfen. In erster Linie ist hiervon das südliche Nachbarland Mexiko betroffen. Verstärkte Grenzkontrollen bewirken wohl ein stundenlanges Warten der Touristen an den mexikanischen Grenzkontrollpunkten, nicht jedoch eine Verminderung der eingeschmuggelten Rauschgifte.

Auch außenpolitisch brachten diese Maßnahmen nur Ärger mit sich. Die Mexikaner reagieren mit Protestnoten und zahlreiche andere mittel- und südamerikanische Staaten zeigten ihr Befremden gegenüber dem ohnehin nicht gut gelittenen "Yankee". Zu allem Unglück hat kürzlich die mexikanische Armee eine 250 Acker große "Marijuana Farm" besetzt, dessen Eigentümer US-Bürger sind. Den Aussagen von General Marcelino Garcia Barragán, Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, zufolge, war die im mexikanischen Staate Daxca versteckte "Marijuana Farm" mit einem eigenen Flugplatz ausgestattet, von dem das Rauschgift von US-Bürgern unmittelbar in die USA geflogen wurde. Die Eigentümer der Farm konnten sich der Festnahme durch Flucht mit einem Hubschrauber entziehen und hinterließen in einem Lagerschuppen mehr als eine Tonne Marijuana.

Die mexikanische Armee hat ihrer Bundespolizei 5.000 Soldaten bei der Suche nach unerlaubten Marijuana- und Opiumpflanzungen zur Verfügung gestellt, während die USA ihre "Blockade" an der mexikanischen Grenze wesentlich gelockert hat.

Im Gedenken an Theodor Wolff

Späte Ehrung eines großen deutschen politischen Schriftstellers

sp - In Nizza wird der deutsche Botschafter Sigismund von Braun am 10. November 1969 eine Gedenktafel für Theodor Wolff in Gegenwart des Bürgermeisters Jacques Médecin und vor Vertretern von ehemaligen Nazi-Verfolgten, Deportierten und Kriegsgefangenen und anderen Kriegsoptionen einweihen. Die Tafel befindet sich an dem Hause der berühmten "Promenade des Anglais", das Theodor Wolff im französischen Exil nach seiner Flucht vor den Verfolgern bis zu seiner Verhaftung und Deportation durch die Schergen Hitlers im Herbst 1943 bewohnt hatte.

Der 1868 geborene ehemalige Chefredakteur der großen liberalen Zeitung "Berliner Tageblatt" war durch seine, mehr als ein Jahrzehnt lang erschienenen politischen Leitartikel und Schriften berühmt und anhangobend - besonders in der "Weimarer" Zeit - geworden. Langjähriger Pariser Korrespondent der Zeitung zu Anfang des Jahrhunderts wurde er ein Vorkämpfer deutsch-französischer Verständigung nach dem Ersten Weltkrieg und auf diese Weise allen nationalistischen Kriegshetzern und Feinden der deutschen Demokratie besonders verhaßt.

Theodor Wolff war der Mentor und Lehrer vieler deutscher Journalisten und Schriftsteller. Seine Leitartikel zeichneten sich durch die Präzision der Sprache, die Klarheit der Analyse und den großen Weitblick für künftiges Geschehen aus. Für die Nationalsozialisten war Theodor Wolff eine Gefahr, denn bald nach seiner Flucht aus Deutschland wurde er in Paris zum geistigen Mittelpunkt zahlreicher emigrierter Journalisten und Schriftsteller. Ein zu seinem Gedenken gestifteter Theodor-Wolff-Preis wird seit 1961 alljährlich an deutsche Journalisten verliehen. Die späte Ehrung, die jetzt Theodor Wolff zuteil wird, ist die bescheidene Abtragung einer großen Dankesschuld, die der deutsche Journalismus dem früheren Chefredakteur des "Berliner Tageblatt" Zeit seines Lebens nicht erweisen konnte.

+ + +

### Verfolgungen in Spanien halten an

Portugal bietet ein wirres Panorama  
Die Wachablösung in Bonn findet wenig Gegenliebe

sp - Die politischen Kaffeesatzpropheten, die in Spanien die öffentliche Meinung formen, erlauben sich zuweilen Freud'sche Fehlleistungen, wenn es um die Ablösung der CDU/CSU in Bonn geht. Der Wunsch bleibt eben der Vater des Gedankens: Eine CDU/CSU-Regierung würde den Machthabern in Madrid wie in Lissabon besser in ihr Konzept passen. Wie der spanische Staatsrundfunk zuerst feststellte - die Presse folgte zögernd diesem Vorreiter -, ist die Sozialdemokratie regierungsfähig und hat dies bereits bewiesen. Die Bonner Politik wird eben in Bonn gemacht und nicht in Madrid oder Lissabon.

Dafür bietet der gegenwärtige Wahlkampf in Portugal ein Bild der vollkommenen Verwirrung: Tiefgreifende Differenzen zerstören die bisher geschlossene Einheit der Monopolpartei der "Nationalen Union", deren rechter Flügel unter Führung von Ex-Außenminister Alberto Franco-Nogueira sich anschickt, die "liberalen" Kräfte um Regierungschef Marcello Caetano zu bekämpfen. Auch die Opposition bietet kein einheitliches Bild: Wenn am 26. Oktober 1,5 bis 1,8 Millionen Portugiesen die 130 Abgeordneten der Nationalversammlung auf vier Jahre wählen, dann schneidet die Opposition dank ihrer Uneinigkeit kaum gut ab. Andererseits sind im portugiesischen Wahlkampf völlig neue Töne zu hören, besucht man die Wahlversammlungen, die nur in geschlossenen Räumen wie Kinos, Theatern und Hotels veranstaltet werden dürfen. Die Generalabrechnung mit dem Salazar-Regime nimmt ungewöhnliche Schärfe an, die Gewaltherrschaft der letzten 40 Jahre wird offen angeprangert, die Forderungen nach einer "sozialen Demokratie im Einklang mit den besonderen Bedingungen Portugals" werden lauter.

In Portugal können, anders als in Spanien, sozialdemokratische Wahlbewerber offen ihre Meinung sagen und im Gegensatz zur Salazar-Ära eine echte politische Alternative anbieten, ohne daß die Greifkommandos der gefürchteten Geheimpolizei PIDE in Aktion treten. Portugal ist noch lange kein demokratischer Staat, aber Ansätze dazu sind zweifellos vorhanden.

Dagegen hält in Spanien die Verfolgung der Sozialdemokraten an, die Prozesse vor dem Madrider "Gerichtshof für Öffentliche Ordnung"

sind kaum noch zu zählen. Die gleichen politischen Kräfte, die von einer sozialdemokratisch geführten deutschen Bundesregierung nicht nur volle Salonfähigkeit, sondern auch materielle Hilfe für Entwicklungsaufgaben erwarten, scheuen nicht davor zurück, die westeuropäische Sozialdemokratie zu brüskieren. Die strafrechtliche Verfolgung weltanschaulicher Gegner ist nicht nur ein Anachronismus und ein Affront, sie ist auch ein Rückfall in die Mentalität, die sich in der Devise offenbart "und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein".

Erst jetzt wurden 19 Sozialdemokraten vor den Gerichtshof für Öffentliche Ordnung zitiert: Sie haben Gefängnisstrafen zwischen neun Monaten und über vier Jahren zu erwarten, weil sie vor einem Jahr im Baskenland Betriebszellen des sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes UGT gebildet und Flugblätter verteilt haben sollen. Realistischer als das "Tribunal für Öffentliche Ordnung" trifft Ex-Botschafter de Arelliza und Marquis von Motrico die Feststellung, die baskischen Arbeiter seien überwiegend sozialdemokratisch orientiert. Sie fühlen sich in der politischen und gewerkschaftlichen Zwangsjacke, die ihnen die Einheitsbewegung Falange schneiderte.

Das neue Syndikatsgesetz verbietet die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit und wechselt wenigstens einige totalitäre Schlagworte aus, die vorgesehenen "politischen Vereinigungen" müssen sich im engezogenen Rahmen der Einheitsbewegung betätigen. Vom Reformdenken des Jahres 1966 ist nichts mehr übrig geblieben. Wie sich die Regierenden Spaniens unter diesen Umständen einen Anschluß ihres Landes an Europa vorstellen, bleibt schleierhaft und unerfindlich. Portugal bietet ein wirres Panorama mit einigen Ansätzen zur Demokratie, Spanien scheint eine demokratische Entwicklung zu fürchten. Wer aber unbekümmert um die Auslandsmeinung glaubt, mit den Methoden vergangener Zeiten auskommen zu müssen, braucht sich nicht zu wundern, wenn Zweifel und Vorbehalte die Beziehungen zwischen Spanien und westeuropäischen Ländern überschatten. Auf dem Weg nach Europa wird Spanien noch viel Geröll aus der Vergangenheit beiseite räumen müssen, um von seinen Partnern als demokratisch glaubwürdig akzeptiert zu werden. Oder will Spanien der europäischen Idee nur Lippendienste leisten? Madrid wird Farbe bekennen und Roß und Reiter nennen müssen.